



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)  
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.  
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart  
Tel. 0711 603237 Fax 0711 600718

*Pressemitteilung VVN-BdA BaWü 13. September 2009*

## **Grundrecht auf Freiheit der Kunst gegen Behördenwillkür verteidigen**

## **Behinderung des Aktionszugs gegen den Notstand der Republik einstellen**

Ein Aktionszug mit fünf offenen LKW und Aktionskünstlern, der anlässlich der Bundestagswahl in der Zeit vom 12. - 27. September mit Ziel Reichstagsgebäude durch die Republik touren will, ist am Freitag in Wörth / Rheinland-Pfalz programmgemäß gestartet und am Samstag von baden-württembergischen Behörden gestoppt worden.

Der Zug „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ wendet sich gegen Demokratieabbau, Militarisierung nach Innen und Außen und gegen alte und neue Faschisten. Er ist gegen Bundeswehreinmärsche im In- und Ausland und warnt vor dem Einsatz des Staates gegen „soziale Unruhen“, zu denen morgen auch Kampffaktionen der Gewerkschaften zählen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg teilt mit, dass der Zug in Form eines Kunstwerks durch die polizeiliche Auflage bis zur Unkenntlichkeit entstellt und offensichtlich daran gehindert werden soll, sein Ziel in Berlin zu erreichen. Sie protestiert gegen die behördliche Einschränkung demokratischer Grundrechte und fordert die baden-württembergischen Versammlungsbehörden und die Polizei auf, das zu ermöglichen, was in Rheinland-Pfalz nicht beanstandet wurde.

Wie Dieter Lachenmayer von der VVN-BdA Baden-Württemberg mitteilt, reiht sich die behördliche Willkür in die Pläne zur massiven Einschränkung des baden-württembergischen Versammlungsrechts ein. Das alles „atme den Geist des Obrigkeitsstaates aus Kaisers Zeiten, der Gängelung und Überwachung der BürgerInnen und des Versuchs, die Versammlungsfreiheit als Grundlage der freien Diskussion und Meinungsbildung in einem demokratischen Staat zu beschneiden.“

Die VVN-BdA ruft die Öffentlichkeit, die Gewerkschaften und die Demokraten auf, gegen die Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte zu protestieren, damit der Zug seinen Weg nehmen kann, unabhängig davon, ob sie die Aktion im Einzelnen befürworten würden oder nicht.